

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

im Mai 2025 haben wir einen Meilenstein des Bürokratieabbaus für Wirte, Schausteller und Vereine gesetzt. Seitdem gilt für den Alkoholausschank bei Volksfesten, Märkten und Vereinsveranstaltungen laut der Bayerischen Gaststättenverordnung eine sogenannte Genehmigungsfiktion. Das heißt, der Antrag auf Gestattung des Ausschanks gilt als genehmigt, wenn die zuständige Kommune nicht binnen zwei Wochen nach dem vollständigen Einreichen eine Beanstandung erhebt. Unser Ziel dabei: weniger Bürokratie, einfachere Anträge per E-Mail oder Onlineformular und weniger Kosten.

Es häufen sich jedoch Meldungen von Gastwirten, dass einzelne Kommunen die Genehmigungsfiktion ungerechtfertigt nicht anwenden – teilweise werden weiterhin förmliche, kostenpflichtige Bescheide erlassen – aus nicht nachvollziehbaren Gründen. Das ist nicht in unserem Sinne. Wir setzen uns weiter für Bayerns Gastronomen, Schausteller und Vereine ein und lassen detailliert prüfen, inwieweit es wo und aus welchen Gründen hakt und wie wir Abhilfe sowie zusätzlich weitere wirksame Erleichterungen schaffen können. Gleichzeitig danken wir der deutlichen Mehrheit der Kommunen, die bereits heute im Sinne der Entbürokratisierung handeln und Gebrauch von der Genehmigungsfiktion machen.

Denn eines ist klar: Echter Bürokratieabbau kann nur dann gelingen, wenn alle mitmachen. Unser Ziel ist es, mehr Vertrauen in den Einzelnen zu setzen und unnötige Bürokratie zu reduzieren. Diesen Kurs werden wir in unserer Arbeit im Bayerischen Landtag weiterhin konsequent verfolgen.

Außerdem haben wir uns diese Woche mit zahlreichen Experten des organisierten Sports über Münchens Bewerbung die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 ausgetauscht. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe des Newsletters.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

FACHGESPRÄCH ZUR
OLYMPIABEWERBUNG
IN MÜNCHEN

SEITE 3:

ROTE KARTE FÜR
STREBS

SEITE 6:

UNSERE WOCHE AUF
SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Fachgespräch im Innenausschuss: Olympiabewerbung Münchens unterstreicht sportliche Strahlkraft Bayerns

Diese Woche haben wir uns bei einem Fachgespräch im Innenausschuss mit zahlreichen Experten des organisierten Sports sowie Athletinnen und Athleten über Münchens Olympiabewerbung ausgetauscht. Das Gespräch hat nochmal eindrucksvoll gezeigt, dass die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 in München ausgetragen werden sollten. Durch die in den frühen 1970er Jahren entstandenen Sportstätten im Olympiapark als Zentrum der geplanten Spiele kann weitestgehend auf bereits bestehende Sportstätten zurückgegriffen werden. Das geplante olympische Dorf im Münchner Nordosten würde zudem im Sinne eines One-Village-Konzepts für kurze Reisewege zwischen Dorf und Spielstätten sorgen.

Zudem hat München bereits in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass die Stadt ein bewährter Standort für sportliche Großereignisse ist, etwa bei den Olympischen Spielen 1972, den European Championships 2022 oder zuletzt während der Fußball-Europameisterschaft 2024 und dem Champions League Finale 2025. Auch die Münchnerinnen und Münchner haben durch ihr klares Ja beim Bürgerentscheid im vergangenen Oktober deutlich gemacht, dass sie hinter der Bewerbung stehen.

Für uns FREIE WÄHLER im Landtag steht fest: Egal ob Freiwasserschwimmen im Starnberger See, Beachvolleyball auf der Theresienwiese oder Dressurreiten im Nymphenburger Schlosspark – München und seine Umgebung bieten eine würdige Kulisse und als Stadt des Oktoberfests und des FC Bayern auch die internationale Strahlkraft, um sich im Wettbewerb mit den Bewerbungen aus anderen Ländern durchzusetzen und die Olympischen und Paralympischen Spiele wieder nach Deutschland zu holen. Wir stehen klar hinter der Bewerbung der bayerischen Landeshauptstadt und setzen uns weiterhin dafür ein, 2036, 2040 oder 2044 im Freistaat ein weiß-blaues Fest der Völkerverständigung und des Sports zu veranstalten.

Mehr dazu [HIER](#).

Rote Karte für STREBS: 25 Jahre müssen reichen

Wie lange sollen Kommunen die erstmalige Erschließung einer Straße abrechnen dürfen? Wir finden: 25 Jahre müssen dafür reichen. So sieht es auch eine entsprechende Änderung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) aus dem Jahr 2016 vor. Allein: Nach einem Urteil aus dem Jahr 2023 beginnt diese 25-Jahr-Frist erst, wenn die vollständige Erschließung Ziel der Baumaßnahmen war. So lange gelten die Straßen als Provisorien. Durch diese Rechtsauslegung entsteht eine massive Gerechtigkeitslücke, denn Anwohner können sich nicht sicher sein, dass ihre Straße als erschlossen gilt. Wir halten eine Klarstellung im KAG deshalb für überfällig.

Schließlich sind die Folgen weitreichend: Die endgültige Fertigstellung der vermeintlichen Provisorien darf auch nach Jahrzehnten zu 90 Prozent auf die Anlieger umgelegt werden. Tausenden Bürgerinnen und Bürgern könnten somit Bescheide über die Ersterschließung ihrer Straßen (STREBS) ins Haus flattern – selbst, wenn sie seit Jahrzehnten auf ihren – wohlgemerkt – erschlossenen Grundstücken leben. Diesen Irrsinn wollen wir beenden, denn es ist nicht vermittelbar, wenn eine Straße, die seit 30, 40 oder 50 Jahren genutzt wird, plötzlich als Behelfslösung deklariert wird.

Hinzu kommt: Deutschland bildet mit einer Wohneigentumsquote von knapp 47 Prozent das absolute Schlusslicht in der EU. Das wollen wir ändern. Dazu müssen wir nicht nur Hürden wie zu hohe Baustandards, zu hohe Baukosten und eine zu hohe Grunderwerbssteuer abbauen, sondern auch Fallstricke für Käufer und Eigentümer beseitigen. Zu diesen Fallstricken zählt die STREBS. Denn seit wir FREIE WÄHLER die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, rechnen Hauseigentümer nicht mehr damit, für eine bereits bestehende Straße plötzlich zur Kasse gebeten zu werden.

Gleichwohl sei festgehalten, dass wir es grundsätzlich für richtig halten, dass Kommunen ihren Aufwand gegenüber den Bürgern abrechnen. Durch die Erschließung von Grundstücken werden diese erheblich im Wert gesteigert. Wir halten es aber für falsch, dass Kommunen diese Leistung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag abrechnen dürfen. 25 Jahre – ein Vierteljahrhundert – sollten mehr als genug sein, um eine Baumaßnahme zum Abschluss zu bringen und dafür eine Rechnung zu stellen. Auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten, wenn der Freistaat als modern, agil und leistungsfähig wahrgenommen werden soll.

Im Landtag wollen wir deshalb auf eine rechtliche Klarstellung dahingehend hinwirken, dass die erstmalige Herstellung einer Straße mit dem Zeitpunkt beginnt, an dem die Straße eine Erschließungsfunktion hatte. Mehr [HIER](#).

Finanzplatz München zukunftsfest aufstellen

Die bayerische Finanzwirtschaft ist mit ihren zahlreichen Banken, Versicherungen und innovativen Start-ups ein zentraler Jobmotor und das wirtschaftliche Fundament des Freistaats. Um diese Spitzenposition im internationalen Wettbewerb nachhaltig zu sichern, fordern wir gezielte Maßnahmen zur Entlastung regionaler Banken, zur Förderung von Innovationen und zur Stärkung der finanziellen Bildung im Freistaat. Unser bayerischer Mittelstand braucht verlässliche Finanzierungspartner vor Ort. Nur durch eine starke Einheit von Staatsregierung und Finanzbranche sichern wir maßgeschneiderte Wachstums- und Mittelstandsfinanzierungen – und damit ganz konkret den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Zudem fordern wir einen konsequenten Bürokratieabbau, der vor allem kleineren und mittleren Banken vor Ort wieder mehr Luft zum Atmen verschafft. Wichtig ist uns auch eine praxisnahe Ausbildung. Finanzwissen rund um Altersvorsorge, Versicherungen und Kapitalmärkte soll künftig verstärkt in Schulen und der Erwachsenenbildung verankert werden. Zudem soll Bayern als Hotspot für sogenannte Fintechs und digitale Währungen weiter ausgebaut werden. Mehr [HIER](#).

Bio-Zertifizierung: Fraktion kämpft für Erleichterungen für Schlachtbetriebe

Diese Woche haben wir uns im Umweltausschuss für Erleichterung bei der Bio-Zertifizierung für Schlachtbetriebe eingesetzt. Hintergrund ist, dass die Ausgestaltung der Bio-Zertifizierung gerade für kleinere Betriebe eine erhebliche Mehrbelastung darstellt. Im Ergebnis verzichten viele Betriebe auf eine Zertifizierung oder entsprechende Produkte, obwohl der eigentliche technische Schlachtprozess von biologischen Tieren nahezu gleich verläuft wie der von konventionellen Tieren. Wir wollen deshalb prüfen lassen, inwieweit die bestehenden Anforderungen vereinfacht und praxisnäher ausgestaltet werden können. Denn der freiwillige Verzicht auf Bio-Zertifikate trotz hinreichender Voraussetzungen kann negative Auswirkungen auf die regionale Versorgung mit Bio-Fleisch sowie längere Transportwege zu Bio-zertifizierten Betrieben zur Folge haben. Für die Tiere ist es aber schonender, wenn sie nicht über große Entfernungen zum Schlachthof transportiert werden müssen. Die Prüfung auf Abschaffung oder zumindest Anpassung der Zertifizierung ist deshalb ein wichtiger und erforderlicher Schritt, um heimische Betriebe zu unterstützen und zukunftsfest aufzustellen. Mehr [HIER](#).

Glyphosat im Abwasser: Fraktion fordert lückenlose Aufklärung der Ursachen

Saubere Flüsse und Seen sind Lebensadern unserer Heimat und für Mensch und Natur von zentraler Bedeutung. Umso besorgniserregender sind Gewässerbelastungen mit Glyphosat. Studien zeigen ganzjährig erhöhte Messergebnisse – und zwar auch außerhalb der Saison mit landwirtschaftlichem Glyphosateinsatz. Wir haben daher einen Antrag eingebracht, um die tatsächlichen Ursachen dieser Einträge aufzuklären. Im Zentrum steht der Waschmittelzusatz DTPMP: Dieser phosphonathaltige Stoff ist in vielen handelsüblichen Waschmitteln enthalten. Wissenschaftler vermuten, dass DTPMP in Kläranlagen und Abwasserkanälen zu Glyphosat abgebaut werden könnte. Um diesen Verdacht zu prüfen, fordern wir ein umfassendes Forschungsvorhaben des Bundes. Dabei soll das Abwasser in repräsentativen Kläranlagen unterschiedlicher Größe sowie der Einfluss von Haushalts- und Industrieabwässern genau analysiert werden. Wenn Glyphosat wegen alltäglicher Waschmittel in unseren Badezimmern in die Natur gelangt, müssen wir das wissen und dementsprechend handeln. Mehr [HIER](#).

Aktuelle Stunde: Wir setzen auf dauerhaft bezahlbare Energie

Mit dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem beschleunigten Netzausbau und der Förderung von Speichertechnologien schaffen wir genau das, was die Menschen erwarten: mehr Unabhängigkeit, mehr Versorgungssicherheit und dauerhaft bezahlbare Energiepreise. Zusammen mit Energieminister Hubert Aiwanger haben wir wichtige Impulse für die Zukunft gesetzt wie etwa die bayerische Wasserstoffstrategie und die Reform der 10H-Abstandsregel für Windkraft. Wir unterstützen die dezentrale Energieerzeugung in unseren Kommunen – etwa durch Photovoltaikanlagen – mit der zunehmenden Möglichkeit der Fernsteuerung zur Netzstabilisierung. Durch erfolgreich umgesetzte Maßnahmen im bayerischen Stromnetz konnten die Herausforderungen durch Einspeisespitzen, insbesondere durch Solarstrom, bereits erheblich reduziert werden. Die Potenziale von Biogas und Biomethan wollen wir konsequent weiterentwickeln und stärker in die Energie- und Versorgungssicherheitsstrategie Bayerns einbinden. Bereits jetzt ist Bayern bei der Wasserstofftechnologie bundesweit Nummer eins. Bayern hat als bundesweit erstes Land ein Förderprogramm für Elektrolyse-Anlagen aufgelegt. In Zukunft soll zudem das Angebot mittels Pipelines durch Lieferungen aus dem Ausland ergänzt werden. All das zeigt: Wir stehen hinter einer Energiepolitik, die mit Zukunftstechnologien wie Wasserstoff Wohlstand sichert und Arbeitsplätze schafft. Mehr [HIER](#).

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA

#MeldungDerWoche: Warum die AfD gegen die Schulpflicht ist

Die AfD will nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die Schulpflicht lockern: Eltern sollen künftig selbst darüber entscheiden können, ob ihre Kinder in der Schule oder zuhause unterrichtet werden.

Warum unser bildungspolitischer Sprecher Dr. Martin Brunnhuber über dieses Vorhaben mehr als schockiert ist, erklärt er im Reel.

Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).



STREIBLS

STANDPUNKT

Nach über 25 Jahren noch für Erschließung zahlen?
Wir sagen: Nein!

#StreiblsStandpunkt: Nach über 25 Jahren noch Erschließungsbeiträge zahlen? Wir sagen: Nein!

Wer ein Haus baut, zahlt für die Ersterschließung seines Grundstücks einen Beitrag an die Kommune; diese kann bis zu 25 Jahre nach Beginn der Maßnahme die Kosten auf die Anlieger umlegen. Jedoch: Nach einem Urteil von 2023 beginnt diese 25-Jahr-Frist erst, wenn die vollständige Erschließung Ziel der Baumaßnahmen war. Daraus kann laut unserem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl eine Gerechtigkeitslücke entstehen. Was wir deshalb durchsetzen wollen, erklärt Streibl [HIER](#).

#Fragenhagel mit Johanna Schramm

Seit etwas mehr als einem Monat ist Nachrückerin Johanna Schramm nun schon als Landtagsabgeordnete bei unserer Fraktion im Maximilianeum. Wir finden: Zeit, sie ein bisschen besser kennenzulernen!

Ihr bisheriges Highlight im Landtag, die beste Nervennahrung an einem aufregenden Plenartag und ihren geheimen Guilty-Pleasure-Song beim Autofahren, verrät sie in unserem Social Media-Format #Fragenhagel. Zum Reel geht's [HIER](#).



#ReelDerWoche: Unser Antragspaket „Düngerecht neu wagen“

Wir wollen eine grundlegende Kehrtwende in der Agrarpolitik und ein Ende pauschaler Bewirtschaftungseinschränkungen! Die jüngsten Urteile des Bundesverwaltungsgerichts sind die Chance, das Düngerecht neu und mutig auszugestalten. Denn jetzt haben wir schwarz auf weiß, dass die bisherigen Rechtsgrundlagen zu den pauschalen Gebietsausweisungen verfassungswidrig sind und das Eigentumsrecht sowie die Berufsfreiheit unserer Bauern massiv beschränken. Marina Jakob erklärt im Reel, was wir uns von einer neuen Düngeverordnung erwarten. Zum Post geht's [HIER](#).

Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Sie wollen immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

 <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Abgeordnetenbüro Felix von Zobel

Fuchsstadter Weg 3

97199 Ochsenfurt

E-Mail: abgeordnetenbuero.zobel@fw-landtag.de

Hinweis: Urheber aller Fotos und Social Media Beiträge ist die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
